

# RS Vfgh 1989/6/21 B461/89

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 21.06.1989

## **Index**

41 Innere Angelegenheiten

41/02 Staatsbürgerschaft, Paß-und Melderecht

## **Norm**

B-VG Art144 Abs1 / Vollstreckungshandlung

StGG Art8 / Verletzung keine

FremdenpolizeiG §5 Abs1

ZustellG §9 Abs1

VStG 1950 §35 litb

## **Leitsatz**

Rückkehr nach Österreich trotz aufrechterm Aufenthaltsverbot; Unterlassen der Anmeldung nach dem Meldegesetz; Festnahme durch §35 litb VStG 1950 gedeckt; keine Verletzung im Recht auf persönliche Freiheit; Anhaltung des Beschwerdeführers zur Vollstreckung eines - ihm persönlich - wirksam zugestellten Schubhaftbescheides; keine Ausübung unmittelbarer Befehls- und Zwangsgewalt

## **Rechtssatz**

Abweisung der Beschwerde gegen Festnahme und Anhaltung des Beschwerdeführers; gesetzliche Deckung durch§35 litb VStG.

Es lagen konkrete Anhaltspunkte dafür vor, daß sich der Beschwerdeführer der Strafverfolgung zu entziehen suchen werde, hatte er es doch offenkundig absichtlich unterlassen, sich polizeilich anzumelden, um der Fremdenpolizeibehörde seinen (illegalen) Aufenthalt in Österreich verborgen zu halten; es war daher zu erwarten, daß er, wenn er nicht festgenommen würde, für die Behörde nicht mehr erreichbar sein werde.

Gesetzliche Deckung der Festnahme und Anhaltung des Beschwerdeführers durch§35 litb VStG.

Die (fortgesetzte) Anhaltung des Beschwerdeführers erfolgte zur Vollstreckung eines dem Beschwerdeführer (mangels Annahme der vom Beschwerdeführer einem Rechtsanwalt erteilten Vollmacht) wirksam zugestellten, vollstreckbaren Schubhaftbescheides gemäß §5 Abs1 FremdenpolizeiG. Diese Anhaltung erging nicht in Ausübung unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt; sie ist nicht nach Art144 Abs1 B-VG beim Verfassungsgerichtshof bekämpfbar.

## **Entscheidungstexte**

- B 461/89  
Entscheidungstext VfGH Erkenntnis 21.06.1989 B 461/89

## **Schlagworte**

Zustellung, Bevollmächtigung, Vollstreckungshandlung, Fremdenpolizei, Schubhaft, Ausübung unmittelbarer Befehls- und Zwangsgewalt, Polizeirecht, Verwaltungsstrafrecht

## **European Case Law Identifier (ECLI)**

ECLI:AT:VFGH:1989:B461.1989

## **Dokumentnummer**

JFR\_10109379\_89B00461\_01

**Quelle:** Verfassungsgerichtshof VfGH, <http://www.vfgh.gv.at>